

Aus Bund und Ländern

Preisstillhalteappell wird ignoriert

BONN. Nach Beobachtungen des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen (WIKO) wird der mit dem geplanten Preismoratorium für Arzneimittel ab Januar 1993 verbundene Appell an die Pharmaindustrie, schon ab Mitte 1992 die Preise nicht mehr anzuheben, von einigen Herstellern ignoriert. Nach eigenen Untersuchungen sind seit Juni 1992 im festbetragsfreien Markt Preisanhebungen erfolgt, die in Zukunft die Krankenkassen jährlich mit zusätzlichen über 5 Millionen DM belasten werden. Davon gingen über 2 Millionen DM auf das Konto des Knoll-Konzerns (Ludwigshafen).

Die Knoll-Gruppe hat diese Aussage umgehend zurückgewiesen. Zwar habe sie die Preise für verschiedene Medikamente erhöht. Die Preiserhöhung der für die Ausgaben der GKV relevanten Arzneimittel sei jedoch Mitte September aus Solidarität gegenüber den übrigen Arzneimittelherstellern und den Ärzten zum 1. Oktober 1992 wieder rückgängig gemacht worden.

Die Medizinisch-Pharmazeutische Studiengesellschaft wies darauf hin, daß Vertreter der Pharmaindustrie bereits bei der Ankündigung des Preismoratoriums im Juni dieses Jahres deutlich gemacht hätten, daß ein sofortiges oder gar rückwirkendes Einfrieren der Arzneimittelpreise technisch nicht möglich sei. Vielfach würden solche Preiserhöhungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder zurückgenommen. dfg

ZVS: Zusagen an „Nachrücker“

DORTMUND. In den neuen Bundesländern bleibt zum Wintersemester 1992/93 in den medizinischen Studiengängen kein Studienplatz

ungenutzt. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund hat in dieser Woche 366 wieder frei gewordene Studienplätze in Humanmedizin an „Nachrücker“ vergeben. In den alten Bundesländern konnten nach Angaben der ZVS 419 Humanmedizin-Studienplätze im Nachrückverfahren vergeben werden. Kl

Kinderarbeit in Deutschland

BONN. In der Bundesrepublik hat es im vergangenen Jahr zwischen 600 und 1 200 Fälle verbotener Kinderarbeit gegeben. Die Grenze zwischen erlaubter und verbotener Kinderarbeit sei fließend, stellte die Bundesregierung nach Angaben der Parlamentspressestelle in einer Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion hin fest. Kinderarbeit zum Lebensunterhalt sei heute in der Bundesrepublik die Ausnahme. Allerdings gebe es auch hierzulande noch immer Tätigkeiten, die für Kinder gesundheitsgefährdend seien und ihre Entwicklung beeinträchtigen.

Um sich das Taschengeld aufzubessern, arbeitet von den 14- bis 16jährigen Schülern fast jeder zweite nebenbei. Das geht zumindest aus mehreren Studien hervor.

Spendenbitten

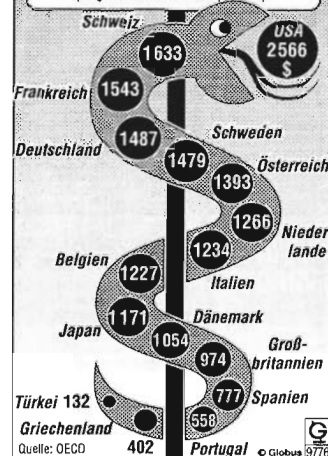
Die *Freundschaftsbrücke – Kinder der Perestroika e.V.* organisiert Transporte mit Hilfsgütern für notleidende Menschen nach Königsberg. Dazu benötigt sie Spenden. Informationen: Freundschaftsbrücke – Kinder der Perestroika e.V., Postfach 700449, W-2000 Hamburg 70, Tel: 040/65800015. Bankverbindung: Deutsche Bank Hamburg, Konto 7448830, BLZ 200 700 00, Stichwort: Königsberg.

Bei der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V.* kann eine Liste mit Arzneimitteln und medizinischen Geräten angefordert werden, die für ein Zivilkrankenhaus in Bosnien-Herzegowina (Rama-Prozor) dringend benötigt werden. Kontaktadresse: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V., Kaiserstraße 72, W-6000 Frankfurt 1, Telefon: 069/23 69 71. EB

Die Redaktion des Deutschen Ärzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.

Teure Gesundheit

Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit
1990 in Dollar
(umgerechnet mit Kaufkraftparitäten)



Nach Berechnungen der OECD (= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wurden in den USA im Jahr 1990 für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit ihrer Bevölkerung 2 566 Dollar je Einwohner ausgegeben. Auf Platz zwei lagen die Schweizer mit 1 633 Dollar. Es folgen andere reiche Industriestaaten wie Frankreich, Deutschland und Schweden.

Von den Schülern und Schülerinnen der achten und neunten Klasse arbeiteten 40 Prozent, vor allem als Austräger von Zeitungen und Werbematerial sowie im Handel. Mit dem Geld wollten sich die Kinder vor allem „individuelle Konsumwünsche“ erfüllen. afp

Neues Zentrum für Transplantationen

GIESSEN. Die Justus-Liebig-Universität verfügt seit Anfang September über ein Transplantationszentrum. Eine neue Organisationszentrale wird künftig sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit einer Organverpflanzung koordinieren. Dazu gehören die Aufstellung einer Warteliste aller Patienten, die ein Spenderorgan benötigen, sowie der ständige Kontakt zur internationalen Transplantationszentrale „Eurotransplant“ in den Niederlanden.

Das Zentrum will vor allem Patienten mit schweren Erkrankungen von Herz und Nieren sowie Diabetikern helfen. Mit den ersten Verpflanzungen sogenannter Inselzellen rechnen die verantwortlichen Ärzte für die nächsten Wochen. Spezialisten des Klinikums hatten dafür in 20jähriger Forschungsarbeit die Voraussetzungen geschaffen.

Das Krankenhaus führt bereits Transplantationen von Herzen, Augenhornhaut und Knochen durch. ch

RU 486: Tagung

FRANKFURT/M. „Medical Abortion Services: European Perspectives on Anti-Progestins“ – zu diesem Thema veranstaltet der Pro Familia-Bundesverband am 5./6. Dezember 1992 eine internationale Konferenz. Im Mittelpunkt sollen die Erfahrungen mit RU 486 in verschiedenen europäischen Ländern stehen. Als Referenten sind unter anderem Professor Etienne-Emile Baulieu eingeladen, der das Präparat entwickelt hat, sowie neben britischen und schwedischen Experten Dr. Ingeborg Retzlaff als Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes.

Weitere Informationen bei: Daniela Gieseler/Jutta Neufeldt, Pro Familia-Bundesverband, Cronstettenstraße 30, W-6000 Frankfurt/M. 1, Tel: 069/ 550901. th